## MITTLERORGANISATIONEN

### Goethe-Institut

Mit 159 Büros in 98 Ländern ist das Goethe-Institut eine der weitverbreitetsten Anlaufstellen für Menschen, die Deutsch als Fremdsprache lernen oder lehren wollen. Rund eine Viertel Million Menschen nehmen jährlich am Sprachkursangebot des 1951 gegründeten Vereins teil. Daneben betreibt das Institut im Auftrag des Bundes unter anderem Bibliotheken und Kulturzentren, finanziert Künstlerstipendien und -residenzen, fördert den Deutschunterricht an ausländischen Schulen und organisiert ein breit gestreutes Kulturprogramm. 2015 organisierte der Verein 19.700 Kulturveranstaltungen und erreichte damit rund elf Millionen Besucher weltweit.

### Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Der 1925 gegründete Verein ist die weltweit größte Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern. Von den Stipendien- und Austauschprogrammen des DAAD profitieren jährlich rund 120.000 Akademiker rund um den Globus. Der Verein unterstützt Universitäten bei internationalen Forschungskooperationen und hilft Entwicklungsländern beim Aufbau von Hochschulen. Der DAAD unterhält ein weltweites Netzwerk mit 70 Außenstellen und Informationszentren. Ein Großteil des Budgets stammt aus Bundesmitteln.

### Alexander-von-Humboldt-Stiftung

Im Sinne ihres berühmten Namensgebers befördert die Stiftung die Zusammenarbeit besonders begabter deutscher und ausländischer Forscher. Seit ihrer Neugründung im Jahr 1953 wird die Stiftung maßgeblich vom Bund getragen und hat über 28.000 Alumni einen Forschungsaufenthalt in Deutschland oder einem Partnerland ermöglicht. Seit 2008 verleiht die Stiftung zudem die Alexander von Humboldt-Professur. Der mit bis zu fünf Millionen Euro dotierte Preis wird jährlich an im Ausland tätige Wissenschaftler aller Disziplinen vergeben – mit dem Ziel, die Preisträger nach Deutschland zu holen.

### Deutsches Archäologisches Institut (DAI)

Das DAI ist auf fünf Kontinenten in über 350 Forschungsprojekten tätig. Als Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes kümmert sich das DAI etwa auch um die Nachwuchsförderung von Archäologen oder um die Verwaltung und touristische Erschließung von Grabungsstätten. Anlässlich der Zerstörung antiker Kulturstätten im Irak und Syrien hat das DAI Projekte initiiert, die unter anderem zum Ziel haben, Einheimischen das Wissen sowie die handwerklichen Fähigkeiten zu vermitteln, um zerstörte Denkmäler wieder aufzubauen und so das kulturelle Erbe ihres Landes zu bewahren.

### Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA)

Die ZfA ist eine Abteilung des Bundesverwaltungsamtes und betreut das deutsche Schulangebot im Ausland. Zentrale Aufgabe ist die Ausbildung und Vermittlung von Lehrkräften für den Einsatz an insgesamt 140 Deutschen Auslandsschulen in 72 Ländern. Zusätzlich fördert das ZfA rund 1.200 Schulen im Ausland, an denen das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz abgelegt werden kann. Mehr als 2.000 deutsche Lehrkräfte sind derzeit an den geförderten Schulen tätig. Die Fördergelder stammen größtenteils aus dem Schulfonds des Auswärtigen Amtes.

### Institut für Auslandsbeziehungen (ifa)

Das ifa feiert 2017 sein 100-jähriges Bestehen und ist neben dem Goethe-Institut die am breitesten aufgestellte Mittlerorganisation in der AKBP. Mit seinen zahlreichen Austausch- und Forschungsprogrammen, internationalen Ausstellungen und Konferenzen sowie einem weit gefächerten Informationsangebot wirbt das ifa weltweit für den interkulturellen Dialog und für ein positives Deutschlandbild in der Welt. Ein besonderer Schwerpunkt des ifa liegt auf dem Austausch zwischen Deutschland und der islamischen Welt. Im Rahmen seines „Cross Culture Programms" bietet das ifa zum Beispiel Auslandspraktika für junge Berufstätige aus Deutschland und islamisch geprägten Ländern an. *fza*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

**Die Villa Thomas Manns in Los Angeles – hier der Schriftsteller mit Ehefrau Katia und Tochter Erika (links ) im Jahr 1951 – war einst Treffpunkt deutscher Exilanten. Die Bundesrepublik hat das Haus nun erworben - es soll wieder zu einem Zentrum des kulturellen Austauschs werden.**
© picture-alliance/dpa/KEYSTONE

# Austausch bei den Manns

## AUSWÄRTIGES Die deutsche Kultur- und Bildungsdiplomatie gewinnt immer mehr an Bedeutung

Die Nachricht hallte im vergangenen Jahr wie ein Stoßseufzer der Erleichterung durch die deutsche Presse: Die Thomas-Mann-Villa in Los Angeles ist gerettet. Das Haus im noblen Stadtteil Pacific Palisades, in dem der deutsche Schriftsteller und Nobelpreisträger nach seiner Emigration aus Nazideutschland von 1941 bis 1952 lebte und das in dieser Zeit zu einem illustren Treffpunkt für deutsche Exilanten, Künstler und Intellektuelle wurde, stand lange leer und verwilderte zunehmend. Eine Maklerfirma bot die verwaiste Immobilie zwischenzeitlich für knapp 15 Millionen US-Dollar feil – mit dem Verweis, die Villa sei nicht denkmalgeschützt und könne abgerissen werden.

Im November 2016 verkündete dann aber das Auswärtige Amt in Berlin: Die Bundesregierung habe das Gebäude erworben und die Stiftung der ebenfalls in Pacific Palisades beheimateten Künstlerresidenz Villa Aurora beauftragt, das Haus zu renovieren und dort ein Residenzprogramm zu etablieren. Im Geiste Thomas Manns sollen künftig wieder Intellektuelle und Kulturschaffende dort einziehen und über die großen Fragen unserer Zeit debattieren. Derzeit sei man noch in der Planungsphase, informiert die Geschäftsführerin der Villa Aurora, Annette Rupp. Die Renovierungsarbeiten sollen noch in diesem Jahr beginnen. Immerhin: Der Garten sei bereits wieder hergerichtet worden. Das einstige „Weiße Haus des Exils" – so brachte der ehemalige Außenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) die kulturhistorische Bedeutung der Thomas-Mann-Villa auf den Punkt – erwacht also langsam wieder zum Leben.

Dass der Erhalt der Villa just eine Woche nach dem Wahlsieg Donald Trumps verkündet wurde, könnte symbolträchtiger kaum sein. „Jeder, der im Augenblick in die USA schaut, weiß, dass es dringend notwendig ist, unsere Präsenz, unsere Anwesenheit dort zu erhöhen", hatte Steinmeier noch im vergangenen September während einer Plenarsitzung im Bundestag verkündet, bei der es um die Grundsätze und Ziele Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik, kurz AKBP, ging. Steinmeier kündigte an, neben dem Thomas-Mann-Haus auch den einstigen Sitz des Goethe-Instituts in der Fifth Avenue in New York wiederzubeleben. In bester Lage soll dort ein Zentrum für den deutsch-amerikanischen Kulturaustausch entstehen. Die geplante „German Academy New York" soll unter dem Motto „Gemeinsame Geschichte – Gemeinsame Vision" ein weit gefächertes Kulturprogramm anbieten sowie bis zu 15 Stipendiaten beherbergen.

**Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gilt als dritte tragende Säule der Diplomatie.**

Kulturförderung also als außenpolitisches Instrument in diplomatisch schwierigen Zeiten? Projekte wie das Thomas-Mann-Haus oder die German Academy können jedenfalls als anschauliche Beispiele dafür dienen, dass die AKBP – lange eher ein Randgebiet der Außenpolitik – mittlerweile zu einem integralen Bestandteil deutscher Diplomatie geworden ist. In einem Entschließungsantrag hat der Deutsche Bundestag das noch einmal festgeschrieben (18/9796). Dort heißt es: Die AKBP sei „neben den politischen und wirtschaftlichen auswärtigen Beziehungen die dritte, tragende Säule deutscher Außenpolitik."

**Rekord** Mit der in den vergangenen zwei Jahrzehnten vollzogenen Entwicklung hin zu einer Außen- und Entwicklungspolitik, die auf sogenannte „Soft Power"-Strategien und eine stärkere Einbindung der lokalen Zivilgesellschaft setzt, hat sich auch die Bedeutung der AKBP verändert. 2011 wurden die strategischen Leitlinien, die die Bundesregierung für kulturelle Mittlerorganisationen (siehe Spalte links) ausgibt, entsprechend neu verfasst. Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit und Projektkoordination wurden im Auswärtigen Amt in neuen Abteilungen gebündelt und neu organisiert.

**Der Etat liegt in diesem Jahr bereits bei einer Rekordsumme von 923 Millionen Euro.**

Die Mittel wurden insbesondere in der laufenden Legislaturperiode noch einmal deutlich aufgestockt. Der Etat des Auswärtigen Amtes für AKBP liegt 2017 bei der Rekordsumme von 923 Millionen Euro. Die zusätzlichen Gelder kommen unter anderem dem Bildungs- und Wissenschaftsaustausch zugute. Auch die deutschen Sprachangebote im Ausland sollen weiter ausgebaut werden. Die 2008 ins Leben gerufene Initiative „Schulen: Partner der Zukunft" (PASCH) fördert und vernetzt weltweit Schulen, an denen Deutsch unterrichtet wird. Das PASCH-Netzwerk umfasst heute knapp 1.900 Schulen und soll weiter wachsen. Mit dem 2014 in Kraft getretenen Auslandsschulgesetz wurde zudem erstmals ein gesetzlicher Anspruch auf Förderung für Deutsche Auslandsschulen geschaffen.

Neben den wieder verstärkt aufgekommenen Fragestellungen zur europäischen Partnerschaft und Identität liegt heute ein besonderer Fokus auf Kultur- und Bildungsprojekten in Krisenregionen. Der aktuelle Jahresbericht zur AKBP hält dazu fest: „Gerade in Anbetracht der zahlreichen Krisenherde in aller Welt kann sich die AKBP nicht mehr nur nach ästhetischen Kriterien ausrichten. Sie muss sich um gesellschaftliche Fragen kümmern. Sie muss einen Beitrag zu einer humaneren Gesellschaft leisten." Diese Erkenntnis spiegelt sich in vielen laufenden Projekten wieder, die sich zum Beispiel mit ziviler Krisenprävention oder Bildungs- und Kulturangeboten für Flüchtlinge in Drittländern beschäftigen.

Anlässlich der Zerstörung antiker Kulturstätten durch den Islamischen Staat (IS) in Syrien und dem Irak ist auch der Schutz kulturellen Erbes noch stärker als zuvor zu einem Kernthema geworden. Angestoßen durch das Deutsche Archäologische Institut (DAI) hat sich im April 2016 ein Netzwerk aus 18 wissenschaftlichen Instituten und Organisationen gegründet, um deutsche Expertisen zum Kulturerhalt zu bündeln. Mit seinen Partnern hat das DAI Projekte wie „Stunde Null – eine Zukunft nach der Krise" oder das „Syrian Heritage Archive Project" initiiert , die zum Ziel haben, Forschungsdaten zu syrischen Kulturschätzen digital zu archivieren und syrische Fachkräfte auszubilden, damit diese ihr zerstörtes Kulturerbe künftig wieder aufbauen können.

**Unterausschuss** „Fluchtursachenbekämpfung, die Förderung des Zusammenhaltes in Europa und die verstärkte Förderung der transatlantischen Beziehungen werden zusammen mit den Beiträgen zur Krisenprävention durch Kultur und Bildung auch in den kommenden Jahren die Schwerpunkte der AKBP unter anderem ausmachen", meint Bernd Fabritius (CSU). Der Vorsitzende des Unterausschusses AKBP des Bundestages bereitet die Arbeit des Auswärtigen Amtes und seinen Mittlerorganisationen in diesem Bereich maßgeblich vor und koordiniert sie. Angesichts großer außenpolitischer Herausforderungen sei AKBP mehr denn je unverzichtbar, um nachhaltige Lösungen zu bieten. *Florian Zimmer-Amrhein*

*Der Autor ist freier Journalist in Berlin.*

# Neue Deutsche Welle

## MEDIEN Von der »Stimme des Vaterlands« zu DW News – der deutsche Auslandsrundfunk hat sich gravierend gewandelt

Am Anfang hörte sich noch alles ganz beschaulich an. Er sende „diesen ersten Gruß aus der alten Heimat, der unmittelbar durch den Äther das Ohr und auch das Herz der Menschen deutscher Herkunft, Art und Sprache in aller Welt sucht", sagte Bundespräsident Theodor Heuss 1953 in seiner Radioansprache zum Sendestart der Deutschen Welle, gerichtet an „die lieben Landsleute in aller Welt": „Für die Hörer will dies Wort das Wort der Heimat sein. Diese Stimme die Stimme des Vater- und des Mutterlandes."

Heute, 64 Jahre später, hat die Deutsche Welle ein gänzlich anderes Selbstverständnis: Der staatliche Auslandsrundfunk der Bundesrepublik sieht sich selbst als Player im Wettbewerb mit CNN und BBC und will, so Intendant Peter Limbourg, „die Entscheider und Teilnehmer der politischen Meinungsbildung" erreichen, mit „Journalismus auf einem demokratischen Wertefundament". Heute informiert die Deutsche Welle im Fernsehen, Radio und Internet in 30 Sprachen über Deutschland, sie beschäftigt fast 1.500 festangestellte und ebenso viele freie Mitarbeiter. Nach eigenen Angaben erreicht sie so wöchentlich 135 Millionen Menschen in aller Welt, die meisten Nutzer hat der Sender auf dem afrikanischen Kontinent. Doch auch in der arabischen und asiatischen Welt werden die Reichweiten größer. Insgesamt, so bescheinigt es die regelmäßige Evaluation der Welle, erfüllten die Angebote „die im DW-Gesetz verankerten Wirkungsziele": Wer sie nutze, „zeichnet sich durch ein vertieftes Demokratieverständnis aus. Insgesamt gelingt der Nachweis, dass die DW wesentlich zur Reputation Deutschlands in der Welt beiträgt."

Eine gute Botschaft für den Intendanten Peter Limbourg, zuvor Informationsdirektor von ProSiebenSat.1 TV Deutschland, der 2013 das Ruder übernommen hat. Er unterzieht die Welle einer strategischen Neuausrichtung – und wird nicht müde, immer wieder klarzumachen, dass es dafür nicht nur Entschlossenheit und gute Konzepte brauche, sondern vor allem Geld.

Und das kommt bei der Deutschen Welle vom Steuerzahler. 1953 in der Verantwortung des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks gegründet und seit 1960 per Bundesgesetz zur eigenständigen Anstalt des öffentlichen Rechts erklärt, ist die Deutsche Welle wegen dessen ausschließlicher Kompetenz für die auswärtigen Angelegenheiten Verantwortlichkeit des Bundes – und wird, anders als die öffentlich-rechtlichen Rundfunkangebote, nicht aus den Rundfunkgebühren, sondern aus Steuergeldern finanziert. Im 2004 verabschiedeten Deutsche-Welle-Gesetz heißt es, der Sender solle „Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischen Rechtsstaat verständlich machen". Die Angebote sollen „deutschen und anderen Sichtweisen zu wesentlichen Themen vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie in anderen Kontinenten ein Forum geben mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern" – und das trimedial, also über Radio, Fernsehen und im Internet.

Nachdem der Bund den Haushalt der Deutschen Welle zu Anfang der 2000er-Jahre immer wieder zurückgefahren hat, wurde von der Großen Koalition 2014 eine dauerhafte bessere Förderung beschlossen. So erhält der Sender in diesem Jahr mit insgesamt 325,6 Millionen Euro fast 24 Millionen Euro mehr als 2016. Für 2018 sind insgesamt 337 Millionen Euro geplant – ob dieses Geld dann aber auch tatsächlich fließt, muss der neue Bundestag, der im September 2017 gewählt wird, beschließen.

© picture-alliance/dpa
**DW-Intendant Peter Limbourg**

Unter Intendant Limbourg setzt die Welle vor allem auf den Ausbau des englischsprachigen Angebots. So ist 2015 mit den englischsprachigen „DW News" das neue Flaggschiff des Senders gestartet. Mit Erfolg: Um 17 Millionen Menschen, die das DW-Angebot mindestens einmal wöchentlich nutzen, habe man seither die Reichweite erhöht, lässt der Sender wissen.

DW-Chefredakteurin Ines Pohl ist mit dem neuen Kurs zufrieden: „In den vergangenen Jahren hat die DW ihr journalistisches Profil deutlich geschärft. Wir produzieren gezielt Programmangebote für verschiedene Regionen und unterschiedliche Plattformen wie Facebook oder Twitter. So erreichen wir unsere Zielgruppe direkt dort, wo sie sich bewegt, mit Themen, die im Leben der Menschen eine aktuelle Rolle spielen." Diesen Weg werde man „konsequent weitergehen" – auch wenn der Ausbau des englischsprachigen Angebots im Bundestag vor allem Linken und Grünen missfällt. Sie glauben, es sei nicht sinnvoll, wenn die Deutsche Welle sich in Konkurrenz mit englischsprachigen Auslandssendern anderer Länder begebe. Stattdessen solle die Welle sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Tatsächlich hatte Limbourg zuvor ins Spiel gebracht, das deutschsprachige Angebot zu reduzieren, sollte sein Sender finanziell nicht besser ausgestattet werden. Eine Drohung, die ihm einen Rüffel von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) einbrachte – und einen Protestbrief von mehr als 130 Mitarbeitern, Künstlern, Autoren und Wissenschaftlern, in dem sie betonten, die „chronische Unterfinanzierung der Deutschen Welle" dürfe „nicht dazu führen, dass das Herz des Programms zerstört wird".

Inzwischen ist klar: Limbourg hat hoch gepokert und gewonnen. Denn geht es nach Teilen der Politik, ist der Anspruch an seinen Sender künftig noch größer als je zuvor. Die Deutsche Welle solle ein „Gegengewicht zu Desinformation und Propaganda" sein, ließ der Chef des CDU-Netzwerks „Medien und Regulierung" und Sprecher der Unionsfraktion für Kultur und Medien, Marco Wanderwitz, gerade erst wissen. In Zeiten, in denen Medien sich dem Vorwurf ausgesetzt sehen, „Fake News" zu produzieren und Regime in dem Verdacht stehen, durch gezieltes Eingreifen Berichterstattung zu manipulieren, „brauchen wir mehr denn je leistungsfähige Rundfunkanstalten". *Susanne Kailitz*

*Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.*